

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Evakuierung von besonders notleidenden Kindern und Familien aus den griechischen Insellagern**

**eingebraucht im Zuge der Debatte in der 79. Sitzung des Nationalrats über Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – Reihe BUND 2019/46 (III-70/610 d.B.) – TOP 8**

Die Umstände in den griechischen Insellagern sind seit Jahren menschenunwürdig und nun aufgrund der Entwicklungen der letzten Monate und des absehbaren Einzugs des Winters zunehmend lebensgefährlich. Aktuell leben insbesondere die Menschen (Asylwerber\_innen sowie Asylberechtigte), die nach dem Brand des Lagers Moria auf Lesbos umgesiedelt werden mussten, in einem neuen Zeltlager namens Kara Tepe. Dort sind Zeug\_innenberichten zufolge die Bedingungen zum Teil noch schlimmer als in Moria: Das Lager Kara Tepe ist nahe am Meer gebaut und daher den Winterstürmen ausgesetzt, die Zelte sind unbeheizt, Hautkrankheiten, wie Krätze, breiten sich aus, Kinder werden in der Nacht von Ratten gebissen. Da das Lager auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz errichtet wurde, legen Überschwemmungen regelmäßig zurückgebliebene Munition und Sprengsätze frei. Stress und Druck reichen so weit, dass Helfer\_innen mit siebenjährigen Kindern über Selbstmordgedanken sprechen müssen. In diesem Jahr wurden alleine auf Lesbos 49 Kinder von Ärzten ohne Grenzen wegen Selbstmordgedanken oder nach Selbstmordversuchen behandelt (<https://www.aerzte-ohne-grenzen.at/article/griechische-inseln-immer-mehr-kinder-mit-selbstmordgedanken>).

Zahlreiche Vertreter\_innen der österreichischen Lokalpolitik, engagierte Einzelpersonen, NGOs und Kirchengemeinschaften wollen helfen und haben sich bereit erklärt, besonders Schutzbedürftige aus den griechischen Insellagern unterzubringen und zu versorgen. Auf Bundesebene verweigert die ÖVP unter Kanzler Sebastian Kurz allerdings weiterhin, auch nur ein einziges Kind aus den lebensbedrohlichen Zuständen zu retten.

Die Stimmen, die sich für eine Aufnahme von Kindern und anderen vulnerabelsten Menschen aus den griechischen Insellagern einsetzen, wurden insbesondere in den Tagen um Weihnachten immer lauter - auch in den Reihen der ÖVP in den Bundesländern. Um die wachsende Kritik zu kalmieren, wurde laut Medienberichten Außenminister Schallenberg beauftragt zu erklären, dass die Bundesregierung plant, im Lager Kara Tepe eine Kindertagesbetreuung einzurichten (<https://www.derstandard.at/story/2000122653561/aufstand-in-der-oevp-landesraetin-und-buergermeister-fuer-aufnahme-von>). Dazu wurde fälschlich kommuniziert, dass SOS-Kinderdorf als Erfüllungsgehilfe im Auftrag der Bundesregierung ein Projekt der Bundesregierung realisieren würde. Wahr ist vielmehr, dass SOS-Kinderdorf bereits seit dem Jahr 2015 Nothilfe für Kinder und Familien im Lager „Kara Tepe 1“ leistet. Die Bundesregierung hat daher lediglich auf eine vier Monate alte Anfrage nach Unterstützung bei Verhandlungen mit lokalen Behörden über den Zugang zum Flüchtlingslager „Kara Tepe 2“ reagiert, die mittlerweile abgeschlossen werden konnten.

Die österreichische Bundesregierung missbrauchte daher durch ihre PR-Aktion in zynischer Weise die Nothilfe einer Hilfsorganisation, um in Österreich die eigenen politischen Vorstellungen einer sogenannten „Hilfe vor Ort“ zu propagieren. Das Projekt ist - abgesehen von seiner Untauglichkeit - meilenweit von der Umsetzung entfernt (<https://orf.at/stories/3197800>). Nun hat SOS-Kinderdorf angeboten, bis zu 100 Flüchtlingskinder aus dem Ausweichlager auf Lesbos in ihren Dörfern in Österreich aufzunehmen.

Die unmenschlichen Lebensbedingungen in Kara Tepe haben sich in den letzten Wochen durch Regen, Schnee und Kälte noch weiter verschärft. Nach jedem starken Regenfall versinkt das Lager im Schlamm. Die knapp 8.000 Bewohner\_innen, darunter tausende Kinder, müssen in überschwemmten Sommerzelten bei Temperaturen nur knapp über dem Gefrierpunkt ausharren. Immer mehr von ihnen sind Asylberechtigte und sollten daher nicht mehr in den Lagern ausharren müssen. Auch in den Lagern auf Samos u.a. herrschen lebensgefährliche Zustände. Es gilt, die betroffenen Menschen dringend aus dieser Notlage zu retten und in Sicherheit zu bringen. Österreich ist in der Lage und damit in der Verantwortung zur Beendigung dieser humanitären Katastrophe auf EU-Boden durch Teilnahme an der Evakuierung einen Beitrag zu leisten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, Ländern, Städten, Gemeinden, kirchlichen Institutionen, Organisationen, wie SOS-Kinderdorf, und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, besonders notleidende Kinder und Familien aus den mittlerweile lebensbedrohenden Zuständen in den Lagern auf den griechischen Inseln zu retten."



